

# Jetzt rede ich

**Der erste Vortrag seines Lebens:**  
Tim Seywert berichtet in Herzogsägmühle, wie es Jugendlichen und jungen Erwachsenen geht, die von Wohnungslosigkeit betroffen sind



Wer kein Dach überm Kopf hat, hat keine Lobby. Nun aber wollen obdachlose Menschen sich selbst vertreten. Doch das ist leichter gesagt als getan. Szenen einer ungewöhnlichen Vereinsversammlung

Von Jan Rübel (Text) und Sascha Montag (Fotos)



**D**er Morgen graut, die Silhouette der Alpen zeichnet sich fern am Himmel ab. Vielleicht 40 Frauen und Männer kriechen, wuchten, schälen sich aus ihren Zelten, das große Gähnen und Strecken beginnt. Die Nacht war unangenehm, es hat geregnet, die verbliebenen Tropfen mischen sich nun mit dem Morgentau; das Polyester glänzt in der Sonne, die nun scheint. Manche sind in den großen Gruppenzelten untergekommen. Andere schliefen, wie sie immer schlafen: in Einpersonenzelten, die sie ihre Wohnung nennen. Das Zeltdorf in Herzogsägmühle in Oberbayern ist keine Jugendfreizeit und kein Outdoorevent; hier treffen sich Menschen, die ohne feste Wohnung sind. Sie haben einiges zu bereuen.

»Was ist mit der Statistik über Gewalt gegen uns?«, fragt ein Mittfünfziger mit Vollbart. »Versuch ich bei der Polizei rauszukriegen«, antwortet ein anderer. »Superernst nehmen sie es nicht.« Das müssten sie gleich auf die Tagesordnung nehmen, brummt der mit dem Vollbart.

Die Leute aus den Zelten versammeln sich in einem Gebäude aus Stahl und Glas, dessen Rund an die Gruppenzelte auf der Wiese erinnert. Sie drücken sich Kaffee aus kniehohen Thermoskannen in die Becher. Nach und nach füllen sich die zehn Stuhlreihen im Hauptsaal. Von 10 bis 18 Uhr geht heute das Programm, zieht man die Pausen ab, sind das ganze sechs Stunden Zuhören und Diskutieren für die Leute hier.

Sie sind auf einer Mission. Sie wollen schaffen, was man ihnen gemeinhin nicht zutraut. Genauer: Was die Gesellschaft für sie nicht vorgesehen hat – eine Selbstvertretung für Menschen ohne eigenes festes Obdach. Eine politische Lobby, um Positionen und Forderungen zu formulieren, Einfluss auszuüben auf »die da oben«, wie es hier heißt. Um nicht Objekt der Fürsorge und des Mitleids zu sein – oder auch des Hasses. Sondern selbstbewusste Subjekte der politischen Teilhabe, schlicht: Menschen, die etwas zu sagen haben.

Am Anfang dieses ehrgeizigen Plans steht das Stimmengewirr. »Wer macht Protokoll?« »Sind wir beschlussfähig?« »Wir haben vergessen, einen Wahlleiter zu bestimmen!« Es geht zunächst einmal ordentlich durcheinander auf der Jahreshauptversammlung des Vereins »Selbstvertretung wohnungsloser Menschen« (SWM). Die Diakonie Deutschland hat die 94 aktiven Mitglieder nach Herzogsägmühle eingeladen. Sie stellt auch Verpflegung und Unterkunft. Der Ort ist symbolisch: Hier gründete der evangelische Sozialpfarrer Adolf von Kahl 1894 eine »Arbeiterkolonie«, wo heimat- und woh-

nungslose Männer eine Zeit lang arbeiten konnten und ein Dach über dem Kopf hatten. Hier sammelten und siebten die Nationalsozialisten nicht sesshafte Menschen, um sie in Zwangsarbeit und in den Tod zu schicken. Heute betreut die Diakonie an diesem Ort Menschen mit unterschiedlichem Hilfsbedarf – ein hoch professioneller Sozialbetrieb mit fast 1400 Mitarbeitenden.

Eine Woche lang feilen die versammelten Wohnsitzlosen an politischen Forderungen, am Aufbau von Strukturen, ackern sich Tag um Tag durchs Programm. Es geht um den Anspruch obdachloser Menschen auf notdürftige Unterbringung, um Wohnungslosigkeit von Frauen und im ländlichen Raum. Sie diskutieren über das Recht obdachloser Menschen auf ein Familienleben, um Gesundheit und Gesundheitsversorgung. Und dann gibt es auch eine Floßfahrt auf dem Lech, Filme, Theater, Musik und Lagerfeuer. Räume des Unbeschwerden, die es für die Menschen hier sonst nicht gibt. Und Geselligkeit, ohne die kein Verein überleben kann.

### »Wo ist Manni?«

Mitglied im Verein wird nur, wer von Wohnungslosigkeit betroffen war oder ist. Aus den Mitgliedern wird der Vorstand gewählt. Der Verein leidet sehr unter einer Fluktuation der Aktiven. »Was ist mit Manni?«, fragt eine Frau mit einem langen Zopf ihren Nebenmann. »Hat es wohl nicht rechtzeitig geschafft«, antwortet er. Wohnungslosigkeit ist ein Bruch mit der Bürgerlichkeit und ihren festen Strukturen.

Vorn auf einer kniehohen Bühne klopft Ilse Kramer ans Handmikro: Ruhe bitte! Gerade hat einer aus der hinteren Reihe gerufen: »Was ist mit unseren Forderungen gegenüber den Wohnungskonzernen, haben die reagiert?« Ilse Kramer legt die linke Hand aufs Rad ihres Rollstuhls und dreht ihn zum Rufer hin. »Kommt noch dran«, sagt sie ins Mikro, »aber erst mal müssen wir die neue Leitung wählen.« Sie ist Vorstandsmitglied des Vereins und eine selbstbewusste Moderatorin, mittlerweile 69 Jahre alt. Ilse Kramer war über 60, als sie ihre Wohnung verlor und zeitweise obdachlos war. Jetzt ist sie Herrin der Satzung.

Auch die SWM muss das deutsche Vereinsrecht beachten – das ist schon für Menschen in geordneten Verhältnissen eine Herausforderung. Wer obdachlos ist, steckt in einem Überlebenskampf, da wird die nächste Arbeitskreissitzung unwesentlich; das letzte Protokoll bleibt ungelesen, wenn sich keine Steckdose zum Aufladen des Handys findet. Von hinten im Saal ruft eine Frau: »Leute, wir haben nur noch eine Stunde für all die Wahlen. Los jetzt!« Der Vorstand ist mittlerweile neu konstituiert, aber eine neue Regionalgruppe Ost soll noch ins Leben gerufen werden. Und die für den Süden braucht einen neuen Leiter. Komplett selbstständig ist die Organisation nicht, die Stiftung Bethel stellt die Geschäftsführung; die Diakonie fördert das Projekt.

## »Die Wahl gewinnt Lothar. »Nimmst du die Wahl an?«»Nein, das wollte ich nie.« Raunen im Saal. »Also, was jetzt?«



»Ich wurde aus dem Heim getreten«: Tim Seywert

Seit 2019 gibt es den Verein »Selbstvertretung wohnungsloser Menschen«. Er entstand aus jährlichen Treffen seit 2016, bei denen jeweils eine Woche lang Betroffene zusammenkamen. Damals ging es um einen begrenzten Freiraum, ein Luftholen vom Stress des Alltags auf der Straße oder in der Unterkunft. Gefördert wurden sie von der Aktion Mensch. Die Treffen ermutigten und weckten den Wunsch nach mehr: Die bislang ungehörten Stimmen der Obdachlosen sollten unüberhörbar werden in der Bundesrepublik. Seitdem kämpfen sie mit Statuten und Kassenwartberichten, mit Fristen und Ränken, wie es sie in jedem Verein gibt.

Der nächste Wahlgang steht an. Für den Vorsitz der Regionalgruppe Süd kandidieren zwei Männer. Trotz der Morgenkühle sitzen die meisten in T-Shirt da und barfuß in Sandalen. Einer nimmt eine Prise Schnupftabak. Auf Zettel schreiben sie ihre Voten. Das Ergebnis: Mit einer Stimme Vorsprung gewinnt Lothar, ein hochgewachsener Mann mit Käppi auf dem Kopf. Er und einige andere wollen sich nur mit Vornamen veröffentlicht sehen.

»Nimmst du die Wahl an?«

»Nein. Das wollte ich nie.«

Raunen im Saal.

»Also, was jetzt?«, murren einige.

Es stellt sich heraus: Lothar wurde aufgestellt, um den eigentlichen Favoriten Nico zu ärgern. Der hat sich, so heißt es, zu sehr in den Vordergrund gespielt. Das mögen hier viele nicht, die Autoritäten und Macht misstrauen, auch wenn sie im eigenen Sinne ausgeübt wird. Nach fünf Minuten Debatte wählen sie noch einmal. Nico gewinnt diesmal und nimmt die Wahl an.

In der Pause dreht sich draußen ein Mann Tabak zu einer Zigarette. »Mir ist es ein bisschen zu viel gesteuert«, sagt er. Klar, die Geschäftsführerin des Vereins stemmen Hauptamtliche, die in der Diakonie verantwortliche Po-



**Ort mit Geschichte:** Aus der 1894 gegründeten »Arbeiterkolonie« in Herzogsägmühle machten die Nationalsozialisten ein Lager für Obdachlose. Heute ist die evangelische Diakonie Gastgeberin für die Selbstvertretung wohnungsloser Menschen

sitionen innehaben; ohne sie hätte es der Verein schwer. Der Mann, der seinen Namen nicht nennen möchte, zündet sich den Glimmstängel an. In Frankreich, sagt er, würde Kritik in Protest auf der Straße münden, »hier wird sie von den Sozialträgern abgemildert. Es ist halt so: Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.« Aber, fügt er hinzu, hier würden sich notwendige Strukturen aufbauen. »Es bildet sich eine Humusschicht.«

Die Themen, die auf dem Jahrestreffen verhandelt werden, spielten im vergangenen Bundestagswahlkampf keine Rolle. Der Wohnungsverlust gilt hierzulande vor allem als individuelles Schicksal und persönliches Versagen der Betroffenen. Solange das so ist, dürfte sich in der Politik wenig ändern.

### Drei Jahre Kampf für ein eigenes Zimmer

Am Nachmittag hält ein junger Mann mit breiter Brille einen Vortrag über Jugendobdachlosigkeit: Tim Seywert, 29 Jahre alt, Leiter der Regionalgruppe Nord. 16 Prozent der wohnungslosen Menschen sind jünger als 18 Jahre alt; unter ihnen ist die Zahl derer, die tatsächlich im Freien schlafen, überdurchschnittlich hoch – und auch der Anteil der Frauen; sie sind auf der Straße in besonderer Weise rechtlos und oft von sexualisierter Gewalt betroffen. »Lasst uns Vorschläge erarbeiten«, fordert Seywert auf. Eine Frau schlägt vor: »Der Rechtsanspruch auf Jugendhilfe sollte bis zum Alter von 27 Jahren gehen.« Ein anderer sagt: »Straßensozialarbeit muss einen eigenen Paragrafen kriegen, um verpflichtend zu werden.« Aus der letzten Reihe ruft einer: »Die jungen Leute haben doch alle Handys. Wie wäre es mit einer KI, die ihnen beibringt, was ihnen wie zusteht?«

Am Ende der Sitzung setzt sich Seywert in die Ecke des Saals, stemmt seine Ellenbogen auf den Holztisch,

erschöpft, aber zufrieden. Es sei der erste Vortrag seines Lebens gewesen, erzählt er, das erste Mal, dass er als Experte aufgetreten sei, der etwas zu sagen hat. Seine Obdachlosigkeit begann mit 17, »ich wurde einfach aus dem Heim getreten, ohne irgendeinen Anlass«, erzählt er. Angeblich habe er Mitwirkungspflichten verletzt, weil er nicht zur Schule ging, »dabei hatte ich alles mit der Berufsschule abgesprochen, dass ich auf den nächsten Kurs in drei Monaten warten soll.« Er sei dann in Krefeld in den ICE nach Berlin gestiegen. »Am ersten Tag habe ich mich ohnmächtig gestellt, so kam ich drei Tage lang in ein Krankenhaus.« Es folgten acht Monate auf der Straße. Jugendliche erzählten ihm von einer Notunterkunft, die durfte er sieben Nächte im Monat nutzen. »Eine erwachsene Obdachlose passte auf der Straße auf mich auf, sie war wie eine Straßenmutter.« Gewalt habe er in dieser Zeit trotzdem erlebt, sagt er.

Später ging er nach Mönchengladbach, beantragte Arbeitslosengeld und betreutes Wohnen. Drei Jahre lang stritten die Träger über die Finanzierung, er lebte derweil in Notunterkünften oder ganz draußen. Endlich, im vierten Jahr, bekam er ein WG-Zimmer vom Jobcenter. »Recht haben und Recht bekommen sind zwei verschiedene Paar Schuhe«, sagt Tim Seywert. Daher engagierte er sich nun in der Selbstvertretung. Auch, damit die Politik endlich zuhört, richtig zuhört.

Eigentlich will Deutschland die Wohnungslosigkeit bis 2030 beseitigen, ein ehrgeiziges Ziel. Im April 2024 beschloss die Ampel-Koalition einen nationalen Aktionsplan. Bund, Länder, Kommunen und Akteure aus Praxis und Wissenschaft taten sich zusammen, der Plan sieht 31 Maßnahmen vor, im Kern geht es darum, mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, das Recht auf eine eigene Wohnung zu stärken, die verschiedenen Behörden, Ämter, Sozialträger besser zu vernetzen. ►

**Jan Rübel** ist Reporter bei der Agentur Zeitenspiegel. Für seine Sozialreportagen erhielt er mehrere Preise.

**Sascha Montag** arbeitete als Erzieher in der Berliner Jugendhilfe. Als Fotojournalist realisiert er heute Sozialreportagen.

Die Recherche wurde unterstützt vom Journalismusfonds Europe.

Das klingt entschlossen, doch noch im selben Jahr kritisierten die Sozialverbände, dass der Aktionsplan mehr Leitfaden sei als ein echter Plan. Es brauche einen klaren politischen Willen, Mietpreise zu begrenzen und günstige Wohnungen zu bauen. Seit die Ampel-Koalition Geschichte ist und Friedrich Merz (CDU) Bundeskanzler, dümpelt der Aktionsplan vor sich hin, ist weder tot noch lebendig. Vor allem die Kommunen sehen sich alleingelassen. Sie sollen Obdachlose wie Geflüchtete unterbringen und finanzieren, ohne dass Bund und Länder die ausreichende Finanzierung sicherstellen. Und die Krise wird dramatischer. Laut Statistischem Bundesamt waren

mal wieder zu wenig gefragt.« Ein Mann mit langem Bart meldet sich: »Auf unsere Einwände haben wir keine Rückmeldung bekommen.«

Der Referent schweigt für einen Moment. »Wir haben noch 13 Minuten«, sagt er, »so kommen wir mit dem Programm nicht durch.« Eine Frau im langen grauen Rock lässt sich nicht beeindrucken; sie steht auf und sagt: »Es ist wichtig, dass Sie auf Fragen antworten!« Doch das schafft Michael Philipp nicht. An diesem Morgen ist der Graben zwischen den wohnsitzlosen Menschen und dem Mann aus dem Ministerium unüberbrückbar.

Auch weil die Politik so schlecht hört, wenn Obdachlose reden, braucht es die Wohnsitzlosenlobby, heißt es nach dem Auftritt des Referenten. Derzeit allerdings ist die Bewegung gespalten. Die »Wohnungslosenstiftung« mit Sitz in Berlin hat sich von der »Selbstvertretung wohnungsloser Menschen« gelöst. Sie vertritt nach eigenen Angaben 120 Menschen, präsentiert sich kritischer und rebellischer als der Verein und ist loser strukturiert – mehr wie eine offene Gruppe.

Auch sie betreibt politisches Lobbying, zum Beispiel in einem Jugendzentrum in Berlin-Pankow, das die Stiftung eingeladen hat, um mehr über das Leben auf der Straße zu erfahren. Dort sitzt, wenige Tage, bevor das Treffen in Herzogsägmühle beginnt, Stefan Schneider und sagt: »Als sich die Selbstvertretung zu einem Verein entwickelte, sind wir raus. Durch die neuen Hierarchien wird das Aktivistische behindert.« Zudem entstehe unnötiger Verwaltungsaufwand.

## Wie autonom soll die Vertretung sein?

Es heißt, persönliche Animositäten hätten den Bruch beschleunigt. Aber es gibt auch einen inhaltlichen Streit: Soll sich die Obdachlosenvertretung an Institutionen wie die Diakonie binden? Oder soll sie autonom sein und dafür hinnehmen, dass sie keine professionellen Strukturen nutzen kann? Welche Variante erfolgreicher ist oder sich durchsetzt, ist noch nicht entschieden.

Der Abend im bayerischen Herzogsägmühle klingt im Las Vegas aus – so heißt die Kneipe auf dem Gelände. Als die Mitglieder noch aus dem Saal streben, ruft Tim Seywert ihnen hinterher: »Die Toilettenwagen bleiben über Nacht offen, hier machen wir zu.«

Später steht er am Kickertisch und ballert ein Tor nach dem anderen rein. Sein Gegner seufzt. Seywerts rechter Unterarm gibt ein eintätowiertes »Mom« frei, und der linke: »Dad«. Sehr lieb habe er die beiden gehabt, hat er vorher im Saal gesagt, »nur war meine Mama mit mir überfordert, ich lief schon mal mit dem Koffer auf der Autobahn.« Mit elf kam er zu Pflegeeltern, begann zu trinken, kam dann ins Heim. Er büxtet immer wieder aus, »weil ich meine Mama vermisste, sie ließ mich auch immer rein. Aber es ging nicht für länger.«

Gegenüber, am Tresen, lachen drei Männer; ausgeschenkt wird nur Limo und Wasser; in der Ecke werfen zwei Frauen Dartpfeile. Irgendwann habe er Gelassenheit erlernt, sagt Seywert. Dann kurbelt seine rechte Hand, der Ball donnert ins Tischkickertor. »Mom« glänzt im Schweiß. ◆

## »Der Graben zwischen den wohnsitzlosen Menschen und dem Mann aus dem Ministerium bleibt unüberbrückbar

zum 31. Januar 2025 rund 475 000 wohnungslose Menschen in Unterkünften oder entsprechenden Hilfseinrichtungen untergebracht. Im Vorjahr waren es noch knapp 440 000 gewesen.

Es sind die ersten Zahlen überhaupt, bis 2022 hat man sie nicht einmal systematisch erfasst; viele Wohnungslose tauchen ferner in der Statistik gar nicht auf, weil sie bei Bekannten oder Verwandten unterkommen. Derweil steigt fast überall die Miete. Und 16,6 Prozent aller Menschen in Deutschland leben unter der Armutsgrenze. Jede Mieterhöhung kann für sie den Verlust der Wohnung bedeuten.

Im Diakoniedorf Herzogsägmühle ist am nächsten Morgen Michael Philipp zu Gast. Er ist Referent im Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen und soll einen Überblick geben, wie weit Regierung und Ministerium gekommen sind mit dem nationalen Aktionsplan gegen Wohnungslosigkeit. Zuvor, in der Pause, saß er allein in der ersten Stuhlreihe. »Für Wohnungslosigkeit sind die Länder zuständig«, sagt er eingangs entschuldigend, und: »Wir versuchen, alle Beteiligten mitzunehmen.« Die wenigsten seien darüber glücklich, »dass es so lange dauert«.

Immerhin ist Michael Philipp von Berlin nach Herzogsägmühle gekommen, um sich der Debatte zu stellen. Doch je länger er redet, desto hilfloser wirkt er. Die Gesichter in den Stuhlreihen werden lang; Michael Philipp hat wenig Gutes zu verkünden. »Wir haben wenig Geld im Bundeshaushalt, um das zu fördern, was wir wollen«, sagt er, und zum nationalen Aktionsplan: »Als wir loslegen wollten, kam der Bruch der Koalition.« Viele Projekte seien nun auf Eis gelegt. »Wir werden dranbleiben. Schade. Sehr schade«, fährt er fort und verweist auf die »vielen Gremien, in denen wir arbeiten«, den »Lenkungskreis« und die »Bund-Länder-Gruppe«. Im Saal regt sich nun offener Unmut. Eine Frau aus der zweiten Stuhlreihe hebt den Arm. »Das geht mir über die Hutschurz«, sagt sie. »Leute mit Armutserfahrung wurden